



„Auf ein erfolgreiches SP Jahr 2016“

Barbara Kern, Parteipräsidentin

Rückblick SP Thurgau

Das vergangene Jahr 2015 war ein sehr intensives und vor allem durch Wahlen geprägtes Jahr.

Mit der erfolgreichen Wahl der ehemaligen Fraktionspräsidentin Cornelia Komposch in den Regierungsrat eröffnete die SP ihr Wahljahr 2015. Diese Wahl gab uns als Partei Motivation und positive Energie für den anstehenden Nationalratswahlkampf. Im Wissen darum, dass dieser unter einem schwierigen politischen Stern stand, und nicht einfach werden würde. Zu sehr waren so wichtige Themen wie die Flüchtlingspolitik, die Frage unseres Verhältnisses zur EU etc. von rechter, angstschürender Politik besetzt.

Umso mehr war es wichtig unsere Wähler und Wählerinnen mit unserer Politik im direkten Gespräch zu überzeugen an die Urne zu gehen und die SP zu wählen.

Die erstmalig durchgeführte, nationale Telefonkampagne war geprägt von vielen guten und interessanten Gesprächen und hat die Basis gestärkt.

In diesem schwierigen Umfeld konnte die SP Thurgau ihren WählerInnenanteil um wenige 0.6% erhöhen und ihren Nationalratssitz souverän verteidigen. Dennoch können wir uns damit nicht zufrieden geben selbstkritisch müssen wir uns den Fragen stellen, dass wir mit der internen Telefonkampagne unsere Wahlthemen wie sichere Renten und faire Löhne sowie Themen wie die Flüchtlings- und Asylpolitik nach Aussen zu wenig kommuniziert haben und das Feld effektiv den rechten Parteien überlassen haben. Die detaillierte Auswertung der Wahlen 2015 wird die Stärken und Schwächen dieser Art Wahlkampf aufzeigen.

Ausblick 2016

Im Fokus steht natürlich die Wiederwahl unserer Regierungsrätin Cornelia Komposch. Wir sind der Meinung, dass die neu zusammengesetzte Regierung ihre Arbeit gut macht. Unsere Regierungsrätin hat sich in ihre anspruchsvolle Arbeit gut eingelebt und verrichtet diese mit grossem Engagement und Freude.

Weiter im Fokus stehen ganz klar die Kantonsratswahlen vom 10. April 2016. In fast allen Bezirken wurden die Kandidatinnen und Kandidaten nominiert. Neben den bisherigen Kantonsrätinnen und Kantonsräten finden sich auf den einzelnen Listen auch Personen, welche schon politische Erfahrung aus ihrer Arbeit auf kommunaler Ebene mitbringen. Ebenfalls wird es im Bezirk Kreuzlingen wieder eine JUSO Liste geben. Die SP Thurgau will sich mit den vor vier Jahren zurück geholten drei Sitzen nicht zufrieden geben. Besitzstandwahrung kann nicht die Motivation sein.

So wird sich die SP mit drei wichtigen sozialdemokratischen Themen, welche von unserem politischen Sekretär vorgestellt werden, in den Wahlkampf begeben.



Eines kann ich aber schon vorwegnehmen - die SP Thurgau wird sich gegen schon angekündigte Sparmassnahmen, die auf Kosten der Bildung, des öffentlichen Verkehrs der Kultur gehen sollen, zur Wehr setzen.

Es geht auch in diesen Wahlen um die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft. Diese Solidarität ist in den letzten Jahren zunehmend brüchig geworden. Man hat nicht nur an dem durch weitsichtige Politik geschaffenen Sozialstaat stetig und mit weitgehenden Folgen für die Schwächsten gespart, zum Beispiel bei der IV und der Arbeitslosenversicherung, es ist auch salonfähig geworden, in populistischer und mit in Lügen verpackten Kampagnen gegen sozial und politisch schwächer Gestellte vor zu gehen.

Wir leben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wo Menschen ihre Arbeit verlieren mit zum Teil wenig Hoffnung eine neue Stelle zu finden. Darum ist es unwürdig gerade bei diesen Menschen sparen zu wollen, deren Stellen, auf Grund der wirtschaftlichen Lage, als erstes unter Druck kommen. Arbeitsplätze werden so trotzdem nicht vorhanden sein.

Der Thurgau muss sozialer und roter werden. Darum wollen wir gestärkt aus diesen Kantonsratswahlen hervorgehen.

Dies ist meine letzte Neujahrs-Presskonferenz als Parteipräsidentin.

Wie in der Presse zum Jahresende zu lesen war, hat nicht nur die Findungskommission der SP Thurgau die Aufgabe eine Nachfolgerin/Nachfolger zu suchen.

Ich freue jedenfalls freue mich darauf am 18. Mai 2016 meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger das Zepter übergeben zu dürfen.

Ich möchte mich auf diesem Weg bei der Presse für die gute Zusammenarbeit bedanken und wünsche eine interessante Wahlkampfphase und ein erfolgreiches Jahr 2016.



Rechtsrutsch in der Bundespolitik bedroht unsere Renten und den Service public

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP Thurgau

Am 18. Oktober 2015 konnte die SP Thurgau erfolgreich ihren Sitz im Nationalrat verteidigen. Wir erhöhten unseren Wählerinnen- und Wähleranteil von 12,1, auf 12,7%. In diesen Wahlen habe ich eine grosse Unterstützung und ein immenses Engagement der Parteileitung, unserer Mitglieder und von vielen Thurgauerinnen und Thurgauern weit über die Parteigrenze gespürt. Ich danke allen herzlich, die für den SP Sitz gekämpft haben und zu meinem persönlichen Resultat von 16922 Stimmen (2884 mehr als 2011) beigetragen haben.

Persönlich bin ich nach den Wahlen mit Elan und Kampfgeist in die Legislatur gestartet. Als neue Chefin der Stimmzählenden war ich zuständig für den korrekten Ablauf der Bundesratswahlen und darf in dieser Legislatur auch die Funktion der Sprecherin des Büros im Nationalrat übernehmen.

Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission setze ich mich für eine zeitgemässe Sicherheitspolitik ein in der die verschiedenen Akteure auf bundes- und kantonaler Ebene konstruktiv und vernetzt für die Sicherheit der Bevölkerung zusammenarbeiten. Besonders freut mich die Wahl zur Vizepräsidentin der Verkehrskommission (KVF-N). Damit hat die Fraktion die Weichen gestellt, dass die SP in der zweiten Legislaturhälfte 2017-2019 in dieser wichtigen Kommission das Präsidium übernehmen kann. Das ist matchentscheidend, weil der Angriff von rechts auf den Service public ein Schwerpunkt der nächsten vier Jahre sein wird.

Die SRG muss unabhängig bleiben und die Swisscom darf nicht privatisiert werden!

Zusammen mit meinen Fraktionskolleginnen- und kollegen werde ich in der Verkehrskommission und im Nationalrat dafür kämpfen, dass die SRG und die Swisscom nicht zerschlagen werden und deren Filetstücke privatisiert werden.

Mein Schwerpunkt in dieser Legislatur: Mit fachlicher Kompetenz und sozialer Verantwortung setze ich mich für sichere Renten und gegen Verschlechterungen für alle und Gewinne für einzelne ein. Der Service public ist wichtig für den Zusammenhalt in unserem Land und darf nicht undurchdachten kurzfristigen Sparprogrammen geopfert werden. Ich gebe alles, damit der rot- grüne Thurgau in den nächsten vier Jahren auch nach dem Rechtsrutsch in Bern Pflöcke einschlagen kann.



Aus der Grossratsfraktion SP und Gewerkschaften

Sonja Wiesmann, Fraktionspräsidentin

Ein kurzer Blick zurück

Mit dem Grossratspräsidium und Regierungspräsidium von Claudius Graf- Schelling kann durchaus von einem Jahr im Zeichen der SP gesprochen werden.

Ende Mai kam dann nach 15 Jahren Regierungstätigkeit der Rücktritt von Regierungsrat Dr. Claudius Graf-Schelling. Er kann auf 15 Jahre erfolgreiche Tätigkeit in dem Departement für Justiz und Sicherheit zurückblicken. Im Laufe dieser 15 Jahre wurden unzählige Projekte erarbeitet, realisiert und umgesetzt. Mit den tiefgreifenden Reorganisationen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts und der neuen Bezirkseinteilung von 8 auf 5 Bezirke, der die Thurgauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 29. November 2009 zustimmten, hat Regierungsrat Graf-Schelling nachhaltig und federführend dazu beigetragen, dass der Kanton Thurgau zukunftsfähig bleibt.

Ein Höhepunkt im vergangenen Jahr war dann die überzeugende Wahl von Cornelia Komposch in den Regierungsrat - die SP stellt somit die dritte Frau im Regierungsrat.

Cornelia Komposch hat sich bereits bestens in ihr Amt eingelebt und dies ist für die Erneuerungswahlen des Regierungsrates die beste Voraussetzung.

Was uns 2016 im Kantonsrat bewegt

Die Regierungsrichtlinien 2016 bis 2020 werden vorgestellt und diese werden in der Fraktion sicherlich kritisch betrachtet werden.

Ebenfalls wird uns die Raumplanung im kommenden Jahr beschäftigen, die Richtplanrevision, die aufgrund der Änderung im Raumplanungsgesetz im Kantonsrat behandelt und verabschiedet wird.

Ab Juni wird die Kreisreorganisation umgesetzt, diese werden wir auch kritisch begleiten.

Der Lehrplan 21 wird uns auch im Jahr 2016 wieder beschäftigen. Die Initiative „Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule ohne Lehrplan 21“ ist mit gegen 5000 Unterschriften zustande gekommen – im November 2015 wurde diese eingereicht.

Die Migration wird ein Thema bleiben. Im Frühling werden wieder vermehrt Flüchtlinge erwartet. Ein ganz besondere Herausforderung werden die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden sein. Bis anhin hielt sich die Anzahl in Grenzen, dies wird aber nicht so bleiben und wir müssen uns bereit machen uns damit auseinanderzusetzen. Aktuell ist die Betreuung aufs Minimum beschränkt und Falle eines Anstiegs ungenügend.

Das Budget 2017 wird uns wie jedes Jahr beschäftigen. Die Zitrone ist restlos ausgepresst und weitere Sparmassnahmen ohne Leistungsabbau wird es nicht geben können.



Wahlkampfthemen Grossratswahlen 2016

Julian Fitze, politischer Sekretär

Die SP Thurgau steigt mit ihrem bekannten und aussagekräftigen Slogan „FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE“ in die Grossratswahlen. Dieser Slogan bringt die politische Haltung der SP den Punkt. Statt für eine Elite von einigen Wenigen Politik zu machen, wollen wir eine Politik, die dafür sorgt, dass es allen besser geht.

Wir sind keine Klientelpartei, sondern versuchen mit klugen Lösungen, die die Interessen von allen mit einbeziehen, der Gesellschaft zu dienen.

Drei Themen werden wir im Wahlkampf über eine Plakatkampagne besonders hervorheben:

sichere Löhne

In diesen wirtschaftlich unsicheren Zeiten kommen die Löhne und unsere arbeitsrechtlichen Errungenschaften im Thurgau unter Druck. Manche müssen schon jetzt zu gleichem Lohn länger arbeiten oder haben gekürzte Ferien.

Über konsequent kontrollierte flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit könnte Lohnmissbrauch verhindert und über Gesamtarbeitsverträge können die bestehenden Löhne gesichert und langfristig erhöht werden.

Sichere Löhne bedeutet auch, dass wir als Gesellschaft sicherstellen, dass endlich Lohngleichheit herrscht zwischen Frauen und Männern.

gerechte Steuern

Der altbekannte Grundsatz aus der Bundesverfassung, dass jede und jeder gemäss ihrer oder seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird, ist keineswegs altbacken sondern brandaktuell. Nur mit einer konsequenten Umsetzung des zweiten Absatzes des Verfassungsartikels 127 können wir unsere sozialen Auffangnetze und staatlichen Leistungen sichern. Negativbeispiele aus anderen Kantonen, die sich kaputtgespart haben machten 2015 Schlagzeilen und werden es auch wieder 2016 machen.

Die angestrebte Steuergerechtigkeit geht auch mit einem Abbau der Steuerunterschiede zwischen den Gemeinden einher. Wir wollen keinen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den Thurgauer Gemeinden, denn Steuergerechtigkeit nützt uns allen!

starker Service Public

Ein demokratischer Staat baut auf seinem starken Service Public für seine Bürgerinnen und Bürger auf. Wir wehren uns deshalb gegen weitere Privatisierungen oder Leistungsabbau im öffentlichen Verkehr, bei den Poststellen, in der Bildung, im Gesundheitswesen oder der Energie- und Wasserversorgung.

Weitere Themen sozialdemokratischer Politik im Kanton Thurgau werden im Wahlkampf die Bildung, Kultur, Energie und unser Wohnraum sein.



Die JUSO Thurgau 2016

Flavio Brühwiler, Co-Präsident JUSO Thurgau



Rückblick 2015

Die JUSO Thurgau blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2015 zurück. Aufgrund zahlreicher Rücktritte wurde im Januar an einer ausserordentlichen Jahresversammlung der Vorstand neu gewählt. Anstelle eines Präsidiums wurde ein Co-Präsidium gebildet. Neben Flavio Brühwiler bekleidet seither auch Rahel Geyer das Amt der Co-Präsidentin. Als Beisitzende wurden Beat Schenk und Florian Sieber gewählt, Anna Ruh wurde Sekretärin. Im April wurde an der ordentlichen Jahresversammlung Damian Moosbrugger als Kassier verabschiedet und Simon Ritzi an seiner Stelle gewählt.

Ein wichtiges Augenmerk im ganzen Jahr wurde auf den Mitgliederzuwachs gelegt. Grundlage dafür war die Kampagne „Mehr Rechte für Lernende“, die die JUSO Schweiz im Jahr 2015 durchgeführt hat. An Berufsschulen wurden Unterschriften für eine Petition zur Stärkung von Lernenden gesammelt. Mit der Verleihung der „Goldenen Augenbinde“ an das Thurgauer Berufsbildungsamt konnte die JUSO einen Gesprächsprozess über verstärkte Massnahmen zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes anstossen. Das Thema war auch wichtigster Inhalt bei den Nationalratswahlen, an denen die JUSO Thurgau mit einer eigenen Liste antrat. Mit einem Stimmenanteil von 0.7 Prozent konnten die JungsozialistInnen der SP zur Steigerung des WählerInnenanteils verhelfen.

Im Herbst hat die JUSO Thurgau beim Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz mitgesammelt, welches in Kürze mit ca. 60'000 Unterschriften eingereicht werden kann.

Desweiteren hat sich die JUSO im vergangenen Jahr wiederholt gegen rechts engagiert. So hat die Ankündigung von Gegendemos im Sommer die Pegida davon abgehalten, Demonstrationen im Thurgau durchzuführen. Ausserdem wurde die Verteilung von antisemitischen Flugblättern durch eine unbekannte TäterInnenenschaft publik gemacht.

Ausblick 2016

Am 28. Februar 2016 wird über die JUSO Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ abgestimmt. Die JUSO Thurgau wird sich natürlich am Abstimmungskampf beteiligen. Geplant ist im Rahmen der Basiskampagne schweizweit 30'000 Fahnen aufzuhängen. Die Volksinitiative gibt dem Stimmvolk die Möglichkeit, dem Geschäft mit dem Hunger einen Riegel zu schieben!

Bei den Kantonsratswahlen wird die JUSO Thurgau im Bezirk Kreuzlingen mit einer eigenen Liste antreten, sowie die KandidatInnen auf der SP-Liste mit JUSO-Bezug, Nina Schläfli und Julian Fitze, durch zwei leere Listenplätze und eine Wahlempfehlung unterstützen. In allen anderen Bezirken ausser Frauenfeld, tritt die JUSO mit KandidatInnen auf den Listen der „SP, JUSO und Gewerkschaften“ an, in Weinfelden mit 6, in Arbon mit 2 KandidatInnen und in Münchwilen mit einer Kandidatin. Wichtige Themen sind die Rechte von Menschen in Ausbildung, also SchülerInnen und Lernende, der Kampf gegen Rassismus und für die Rechte von AusländerInnen und Geflüchteten und der Einsatz für einen ausgebauten Umweltschutz und eine sozialistische Perspektive.